



Im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung des Landes Rheinland-Pfalz ist in der Abteilung 4 „Soziales, Vergütungs- und Budgetangelegenheiten“ im Referat 41 „Grundsatzangelegenheiten der Eingliederungshilfe“ am Dienort **Mainz** zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine **Stelle** zunächst befristet unterhalb eines Jahres, mit der Option auf Verlängerung, in Vollzeit zu besetzen:

Juristische Sachbearbeitung (m/w/d) des 3. Einstiegsamtes

Anforderungen:

- Ein abgeschlossenes Hochschulstudium der Rechtswissenschaften mit erster oder zweiter juristischer Staatsprüfung oder ein mit einem Bachelorgrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes Hochschulstudium der Fachrichtung Verwaltung oder Recht oder eine vergleichbare erfolgreich abgeschlossene Verwaltungsausbildung
- Für Berufseinsteiger bestens geeignet zur Sammlung von Berufserfahrung
- Freude am Umgang mit (Sozial)Gesetzen
- Fähigkeit und Bereitschaft, sich alle mit der Tätigkeit verbundenen Fachkenntnisse zügig anzueignen
- Verantwortungsbewusstsein, Engagement, Belastbarkeit, Verhandlungsgeschick, sowie ausgeprägte kommunikative Fähigkeiten
- Gute EDV-Kenntnisse (MS-Office-Produkte)
- gültige Fahrerlaubnis der Klasse B (neu) bzw. 3 (alt) und Bereitschaft zu Dienstreisen

Wir bieten Ihnen:

- ✓ Tarifliche Eingruppierung nach Entgeltgruppe 11 TV-L
- ✓ Einen krisensicheren Arbeitsplatz
- ✓ Weitergehende Fortbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
- ✓ Mitverantwortlichkeit für das soziale Klima im Land
- ✓ Familienfreundlichkeit mit Zertifizierung „berufundfamilie®“

Es erwarten Sie insbesondere folgende interessante Aufgaben:

- Grundsatzsachbearbeitung (Leistungs- und Vertragsrecht) der Eingliederungshilfe und Grundsicherung
 - Auslegung von Gesetzen, insbesondere Regelungen nach dem SGB IX und dem SGB XII
 - Beratung der kommunalen Träger der Eingliederungshilfe
 - juristische Einordnung und Bewertung von geplanten Gesetzesvorhaben (Vertretung der Interessen des Trägers der Eingliederungshilfe)

- Mitarbeit in Gremien und Arbeitsgruppen auf Landes-/ und Bundesebene zur Auslegung und Weiterentwicklung rechtlicher Vorgaben der Eingliederungshilfe
- Anpassung und Weiterentwicklung des Landesrahmenvertrags
 - Mitwirkung bei der Ausarbeitung und Gestaltung einer übergreifenden Leistungs- und Vergütungssystematik für den Bereich der Sozialen Teilhabe
 - Aktualisierung der Regelungen des Rahmenvertrags an neue gesetzliche Vorgaben
- Erstellung von Rundschreiben an die kommunalen Träger der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfeträger im Rahmen der Eingliederungshilfe sowie der Grundsicherung
- Mitarbeit in der Angebotssteuerung

Interesse?

Dann schicken Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bis 10.02.2023 per **E-Mail** (eine Datei im pdf-Format, maximale Größe von 10 MB) mit dem Betreff

„MZ-41-3-3/2023“

an

bewerbung@lsjv.rlp.de

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist barrierefrei. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen Älterer sind erwünscht. Die Stelle kann grundsätzlich auch mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden. Nähere Informationen über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung finden Sie auf unserer Homepage:

www.lsjv.rlp.de